



Seite: 0
Ressort: Politik

Rubrik: Minderheiten/Diskriminierung
Mediengattung: Nachrichtenagentur

Bund und Länder starten Kommission gegen Antiziganismus

Berlin (epd). Mit einer neuen Bund-Länder-Kommission gegen Antiziganismus will die Bundesregierung gegen Diskriminierung vorgehen. Damit solle eine gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma in Deutschland gefördert werden, teilte der Beauftragte der Bundesregierung gegen Antiziganismus, Mehmet Daimagüler, anlässlich der konstituierenden Sitzung des Gremiums am Montag in Berlin mit.
«Mit der Einrichtung dieses neuen Gre-

miums gehen wir einen wichtigen Schritt zur Ächtung von Antiziganismus in Deutschland», erklärte Daimagüler. Es sei wichtig, dass Bund und Länder nun an einem Tisch säßen. Die Länder seien die zentralen Akteure bei der Bekämpfung von Antiziganismus und der Schaffung gleichberechtigter Teilhabe-Chancen.

In der konstituierenden Sitzung wurden nach Angaben von Daimagüler Grundlagen der Zusammenarbeit, anstehende

Aufgaben und Möglichkeiten zur Beteiligung von Selbstorganisationen der Sinti und Roma an der Arbeit des neuen Gremiums besprochen. Mit der Einrichtung des Gremiums kommt die Bundesregierung einer Forderung der Unabhängigen Kommission Antiziganismus nach.

epd moh jup

Wörter: 143